MITTEILUNGEN

Humanistische Union

Nr. 94 (21. Jahrg.) Februar 1981 B 20885 F

Tagung der HUMANISTISCHEN UNION

Was unsere Kinder seelisch krank macht...

Zunahme kindlicher Verhaltensstörungen als Anzeichen für gesellschaftliche Fehlentwicklungen

am 7. und 8. März 1981 in Wiesbaden

bitte sofort anmelden!

Spannungsfeld Familie

Dr. Emil Thiemann, Putensen
— **Wertmaßstäbe und Leitbilder — eine Zwangsjacke für die Entwicklung?**
Hanne-Lore von Canitz, Köln
— **Muß der Vater ein Mann sein?**
Dr. Annegret Overbeck, Gießen
— **Die gegenwärtige Rolle der Frau in der Familie**
Dr. Ivonne Schütze, Berlin
— **Die isolierte Kleinfamilie. Belastung des Sozialisationsprozesses durch die Lebenssituation der Familie**
Dr. Elisabeth Dessai, Moers
— **Kinderfreundliche Erziehung in der Dreizimmer-Wohnung**

Vorgesehene Arbeitsgruppen:

1. Bindung an Werte und Leitbilder oder Erziehung zur Kritikfähigkeit?
2. Die Loslösung vom traditionellen Vater- und Mutterbild
3. Architektur und Städtebau im Dienste kindlicher Persönlichkeitsentwicklung
4. Konfliktlösung in der Kleinfamilie. Überwindung der Isolation
5. Voraussetzungen für den Abbau von Schulangst
6. Sozialverhalten als Erziehungsziel durch Veränderung der Schulstruktur
7. Integration statt Sonderbetreuung behinderter und schwieriger Kinder
8. Hilfen für gefährdete, schwierige, verhaltensgestörte und seelisch kranke Kinder

Prägungsfaktor Gesellschaft

Dr. Wolfgang Sachs, Berlin
— **Geschwindigkeit und Lebenschancen. Über die Schwierigkeit, in einer automobilisierten Gesellschaft aufzuwachsen**
Prof. Dr. Reinhard Lempp, Tübingen
— **Schulangst**
Prof. Dr. Helmut Reiser, Frankfurt
— **Veränderungen der schulischen Sozialisationsbedingungen im Zuge der sog. Grundschulreform**
Prof. Dr. Ulrich Klug, Köln
— **Gewalt an Kindern — kindliche Gewalt**
Dr. Charlotte Köttgen, Hamburg
— **Gefährdete und psychisch kranke Kinder in unserer Gesellschaft**

Als weitere Fachleute werden mitarbeiten und mitdiskutieren: Frank von Auer, Ekkehard von Braunmühl, Prof. Carl-Heinz Evers u. a.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt; der Unkostenbeitrag ist für **alle** Teilnehmer (auch bei zeitweiliger Teilnahme) **DM 30,—**
Wenn Sie teilnehmen möchten, überweisen Sie bitte — wegen der Kürze der Zeit — den Betrag von DM 30,— sofort auf unser Konto beim PSchA München, Konto-Nr. 104 200-807; Name und Adresse bitte deutlich angeben, damit wir Ihnen rechtzeitig die Tagungsunterlagen zusenden können.

Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union

Der Bundesvorstand hat beschlossen, die 7. ordentliche Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union für den 20./21. Juni 1981 nach Marburg einzuberufen. Welche Bedeutung die Delegiertenkonferenz hat und welche Aufgaben ihr zukommen, ist in § 9 der Satzung festgelegt; dort heißt es u. a.:

„Die Delegiertenkonferenz berät und beschließt über die ihr vorgelegten oder aus ihrer Mitte kommenden Anträge, insbesondere über die vergangene und zukünftige Tätigkeit des Vorstandes, die Entlastung des Vorstandes, die Grundsätze der Haushaltsplanung, die Mitgliederbeiträge sowie über Satzungsänderungen.

Sie wählt für die Dauer von zwei Jahren in getrennten Wahlgängen den Vorsitzenden, den übrigen Vorstand, das Schiedsgericht, den Diskussionsredakteur, die Wahlkommission und zwei Revisoren. Wählbar ist jedes Mitglied des Vereins."

Die Mitglieder und Ortverbände der Humanistischen Union werden hiermit aufgerufen, gemäß der Satzung und der Wahlordnung der Humanistischen Union Kandidaten für die Delegiertenwahl vorzuschlagen. Für das Vorschlags- und Wahlverfahren verweisen wir auf die diesen „Mitteilungen" beiliegende Wahlordnung. Außerdem bitten wir die §§ 9—11 der Satzung zu berücksichtigen.

Die Delegierten werden in einzelnen Wahlkreisen, die mit den Bundesländern identisch sind, gewählt. Dabei kommt auf je angefangene 75 Mitglieder ein Delegierter. Delegiertenkandidaten können von je einer Gruppe von mindestens 10 Mitgliedern oder von jeder Ortsverbandsmitgliederversammlung vorgeschlagen werden. Gewählt werden die Delegierten schriftlich von allen Mitgliedern der Humanistischen Union. **Die Kandidatenvorschläge müssen bei der München) bis zum 19. März 1981 auf den dafür vorgesehenen Formblättern (erhalten Orts- und Landesverbände ohne Anforderung; interessierte Mitglieder bitte bei der Geschäftsstelle anfordern!) eingegangen sein. Nachträglich eingehende Kandidatenvorschläge können nicht mehr berücksichtigt werden.**

Anträge an die Delegiertenkonferenz müssen bei der Bundesgeschäftsstelle bis zum 23. 5. 1981 vorliegen, damit sie in den „Mitteilungen" veröffentlicht werden können. Es wäre jedoch für die Fertigstellung der „Mitteilungen" eine große Erleichterung, wenn die Anträge an die DK schon sehr viel früher vorliegen würden. Deshalb die Bitte an alle Mitglieder und Ortsvorstände: **Schicken Sie Ihre Anträge so früh wie möglich an die Geschäftsstelle** oder bis zum angegebenen Redaktionsschluß der nächsten „Mitteilungen" (gilt auch für alle anderen Beiträge!), der auf den **4. 5. 1981** festgelegt wurde. Danke.

Ärztliche Versorgung von Strafgefangenen liegt im Argen

Der Landesverband Hamburg der HU hat die unzureichende Gesundheitsversorgung von Strafgefangenen in Hamburg (Haftanstalt Fuhlsbüttel) zum Anlaß genommen, in einem „Memorandum" diese Situation darzustellen und Änderungen für eine bessere ärztliche Versorgung vorzuschlagen.

Die „Mitteilungen" veröffentlichen Teile des Memorandums, weil anzunehmen ist, daß eine Reihe von Forderungen über Fuhlsbüttel hinaus auch für andere Strafanstalten erhoben und dringend durchgesetzt werden müßten.

(Das Memorandum erhalten Sie beim LV Hamburg, Langenfelder Str. 64 b, 2000 Hamburg 50)

Grundsätzlich muß die Gesundheitsversorgung von Strafgefangenen ebenso gut sein wie die aller anderen Bürger. Die Strafe lautet auf Freiheitsentzug. Das bedeutet jedoch nicht, daß Strafgefangene – gewissermaßen als Zusatzstrafe – größere gesundheitliche Risiken laufen müssen als Menschen in Freiheit. Der Staat hat eine Fürsorgepflicht für die Strafgefangenen. Aus dieser Fürsorgepflicht ergibt sich die Verpflichtung der Vollzugsbehörden, für die körperliche und geistige Gesundheit der Gefangenen zu sorgen (StVollzG § 56, 1). Der leitende Gedanke der Resozialisierung enthält die gleiche Forderung an den Strafvollzug.

Für die Gefangenen reicht eine auf wenige Wochenstunden begrenzte Möglichkeit, in einer ärztlichen Sprechstunde ihre gesundheitlichen Beschwerden vorzubringen, nicht aus. Das gilt besonders, wenn am Schluß der Sprechzeit noch nicht alle Wartenden mit dem Arzt sprechen konnten.

Für akut auftretende Krankheitsfälle reicht die Tätigkeit der Sanitäter nicht aus; zumindest können sie nicht immer mit ausreichender Sicherheit eine richtige Diagnose stellen. Daher besteht die Gefahr unrichtiger und/oder zu später Behandlung mit evtl. Krankheitserschwerung und -verlängerung.

Um den Gefangenen in dringenden Fällen jederzeit eine ärztliche Behandlung oder wenigstens eine Untersuchung zu ermöglichen, ist ein Anstaltsarzt, der ständig erreichbar ist, dringend erforderlich. Der Anstaltsarzt soll täglich eine Sprechstunde von ausreichender Länge abhalten, so daß alle sich meldenden Gefangenen ihn am gleichen Tage sprechen können. Für Beschwerden, die nach der Sprechstunde auftreten, bestünde dann die Möglichkeit, den Arzt spätestens am darauffolgenden Vormittag zu erreichen.

Dem Anstaltsarzt obliegt es, für die sachgerechte chronologische Führung und Aufbewahrung der Gesundheitsblätter zu sorgen, die bei erneuten Krankheiten eines Gefangenen und dessen evtl. Überweisung an einen Facharzt von großer Bedeutung sind.

Der Arzt soll dem Gefangenen vollen Aufschluß über seine Erkrankung und die notwendige Therapie geben.
Der Anstaltsarzt hat sich davon zu überzeugen, daß die Sanitäter in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Er hat auch für deren weitere Ausbildung (Besuch von Kursen etc.) zu sorgen.

Die Sanitäter sollen dienstlich angewiesen werden, bei plötzlich auftretenden schweren Krankheitsfällen, Unfällen, Selbsttötungsversuchen unverzüglich einen Notarzt anzufordern, wenn der Anstaltsarzt nicht anwesend ist und der diensthabende Sanitäter sich über die sofort nötigen Maßnahmen, über Diagnose und Therapie im Zweifel befindet.

Wenn die Krankheitssymptome bei einem Gefangenen trotz Therapie andauern, soll der Anstaltsarzt einen Facharzt hinzuziehen. Dies soll auch dann geschehen, wenn der Gefangene bei andauernden Beschwerden dies selber wünscht. Sofern aus medizinischen oder technischen Gründen der Facharzt seine Untersuchung nicht in der Haftanstalt vornehmen kann, soll der Gefangene in einem öffentlichen Krankenhaus untersucht werden.

Es gehört zu den Aufgaben des Anstaltsarztes, dafür zu sorgen, daß die fachärztliche Untersuchung unverzüglich, spätestens in wenigen Tagen stattfindet. Die Anstaltsleitung hat die Aufgabe, die Verbringung von Gefangenen in ein öffentliches Krankenhaus so zu organisieren, daß möglichst wenig Zeit bis zur Untersuchung vergeht und die Wartezeiten auf ein Minimum herabgesetzt werden.

Es ist dafür zu sorgen, daß Planstellen für Anstaltspsychologen geschaffen und besetzt werden, unter anderem auch, um psychosomatischen Krankheiten vorzubeugen oder sie zu lindern. Diese vorgeschlagenen Änderungen zur besseren ärztlichen Versorgung der Strafgefangenen würden sicherlich fühlbare menschliche Erleichterungen bedeuten. Sie könnten auch ohne Schwierigkeiten jederzeit vorgenommen werden. Sie bestehen zum großen Teil in organisatorischen Umstellungen, die keine finanziellen Folgen haben. Auch wird durch die ständige Anwesenheit eines Anstaltsarztes nicht nur die Zahl der Beschwerden zurückgehen, sondern es wird auch zu weit weniger Verbringungen von Gefangenen in Krankenhäuser kommen. Damit werden die Vollzugsbeamten in dieser Beziehung weniger beansprucht werden.

Es erscheint daher möglich, in sehr kurzer Zeit und ohne erhebliche finanzielle Mittel, eine beträchtliche Verbesserung der ärztlichen Versorgung der Gefangenen zu erreichen. Auch die Frage, geeignete Ärzte für die Vollzugsanstalt zu gewinnen, ist in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsbehörde, der Ärztekammer und der Öffentlichkeit zweifellos lösbar.

Liebe HU-Freunde,

unsere Bettelfrau hatte mit dem Klingelbeutel großen Erfolg; sie hat uns bis zum Jahresende sage und schreibe elftausend Mark an großen und kleinen Spenden eingebracht!

Herzlichen Dank an alle, die dazu beigetragen haben.

Uns ist zumute, als seien die Segel der HU von einem frischen Wind erfaßt worden; wir nehmen dies als gutes Omen für 1981.

Ihre Angelika Stegmann

Anspruch auf Wahrheit in den Medien

Bericht von Gerhard Schwinghammer

Wahrheit ist eine schwierige Sache, obwohl sie aus nichts anderem als Tatsachen besteht. Doch Wahrheit ist teilbar. Wer Halbwahrheiten verbreitet, kann immer noch behaupten, er habe nicht die Unwahrheit gesagt, geschrieben, gesendet. Die ganze Wahrheit wird nie in 24 Stunden Sendezeit oder auf 24 Zeitungsseiten unterzubringen sein.

Den Anspruch auf Wahrheit aber haben Medienverbraucher zusammen mit Medienmachern auf einer Tagung erhoben, die die HU im November letzten Jahres zusammen mit der Deutschen Journalisten Union (dju) und der Rundfunk-, Fernseh-, Film Union (RFFU) in der Gewerkschaft Kunst in Hannover veranstaltet hat.

Eine solche Veranstaltung war längst notwendig, und die Frage ist berechtigt, wo denn der Bürger sonst die Möglichkeit hat, solch wichtige Themen zu diskutieren, wie sie hier auf der Tagesordnung standen. Ein Diskussionsteilnehmer: „In den Medien kaum, denn sie gehören uns nicht." So geriet der Sendesaal des Norddeutschen Rundfunks in Hannover zur „Klagemauer", an der sich Verbraucher und Macher zu gemeinsamem Chore eingefunden hatten. Die Verleger hatten abgesagt.

Wahrheit scheint ihr Problem nicht zu sein.

Sie hätten allen Grund gehabt, dabei zu sein und sich zu erklären. Denn bei der zweitägigen Auseinandersetzung mit dem Leitthema kam man auf verschiedenen Wegen immer wieder zu der Erkenntnis, daß die publizistische Macht von denen mißbraucht wird, die wirtschaftliche Macht haben. Daß der amerikanische Verleger Hearst Ende des 19. Jahrhunderts seinen Korrespondenten im damals spanischen Kuba nach dessen Widerspruch anwies: „Sorgen Sie für die Kriegsberichte, für den Krieg sorge dann ich", ist nur ein Beispiel für die gezielte Aufhetzung der Öffentlichkeit für Lügen, die Geschichte gemacht haben. Eckart Spoo, dju-Bundesvorsitzender: „Die Unterdrückung der Wahrheit geht der Unterdrückung von Grundrechten der Demokratie immer voraus."

Doch das Informationsrecht des Bürgers als Grundvoraussetzung der Demokratie muß heute auch unter veränderten technologischen Bedingungen erkämpft werden. Jürgen Seifert (Humanistische Union) forderte deshalb eine Verbesserung der Position der Medien gegenüber dem Datenkartell der Behörden, ein deutsches „Freedom of Information"-Gesetz, die freie Einsicht also in die Akten der Behörden.

Die Veranstaltung verdeutlichte an zahlreichen Beispielen, wie es um den Informationsanspruch des Bürgers heutzutage bestellt ist. Vom Leserbrief, der nicht veröffentlicht wurde, weil er angeblich Behauptungen enthielt, die „wir erst nachprüfen müßten", war ebenso die Rede, wie von der Ausgewogenheit als Mittel der Beschränkung der Information. Die unmögliche Art, in der wir „mit den Ländern der Dritten Welt umgehen" (so Redakteur Hermann Vinke) wurde ebenso analysiert wie die Darstellung der Welt aus der Sicht der „Sekundenmechaniker" in Funk und Fernsehen (mit ihren berühmten 1:40-Minuten-Berichten) und die Blickwinkelverengung durch einseitige Westorientierung, die nach Vinkes Meinung unter der neuen US-Führung noch zunehmen wird. Von den klüger gewordenen Intendanten war die Rede, die sozialpolitische Sendungen nicht mehr verbieten, sondern sie „wohlwollend" begleiten (so der TV-Journalist Jürgen Schröder-Jahn), von der Desinformation über Jugendverbände und der Diskrepanz zwischen quantitativer und qualitativer Berichterstattung über sie. Christoph Strässer, Bundesvorsitzender der Jungdemokraten: „Das öffentliche Interesse an der Jugend ist immer nur dann groß, wenn sie vermeintlich über die Stränge schlägt." Das aber werde der Arbeit in den Jugendverbänden nicht gerecht.

Es war der Chefredakteur der Deutschen Presseagentur, Hans Benirschke, der in der abschließenden Podiumsdiskussion dies unfreiwillig bestätigte: „Unser Geschäft" sei nicht unbedingt die Normalität, meinte er, und eine Agentur müsse das relative Gewicht derjenigen, über die sie berichtet, in Rechnung stellen. Wichtig sei seiner Auffassung nach „alles, was geeignet ist, das Leben einer großen Zahl von Menschen zu bestimmen, zu bewegen, zu verändern".

Doch die Probleme mit der Berichterstattung über die Wahrheit wurden nicht nur in den Strukturen gesucht und gefunden. Selbstkritisch stellte Alfred Horné, Bundesvorsitzender der RFFU, fest, daß Wahrheit meist mühsam und nur mit Fleiß zu erzielen sei und daß ein schlimmer Feind der Wahrheit die Feigheit sei. Alexander von Hoffmann (FU Berlin) prangerte die „Schweigekartelle" an, die aus einer problematischen Komplizenschaft zwischen Journalisten und Informanten entstehen könnten. Fritz Eberhard (FU Berlin) rief zum Kampf gegen Sprachmanipulateure auf, die aus Kriegsministern Verteidigungsminister machten, aus der Atommüllbeseitigung eine harmloser klingende Entsorgung, aus der Ölverseuchung einen Ölteppich, aus der Steuererhöhung einen Konjunkturzuschlag, aus einer Entlassung eine Freistellung oder gar Freisetzung, aus dem Kommerzfunk einen Privatfunk.

Es war ein positives Ergebnis dieser Veranstaltung, daß Betroffene die Möglichkeit hatten und sie auch nutzten, ihren Fall öffentlich zu machen. Es war ein noch wertvollerer Aspekt, daß ihnen aus der Diskussion heraus Möglichkeiten der Gegenwehr aufgezeigt wurden. Unter dem Schlagwort „macht Bürgerinitiativen für die Informationsfreiheit" wurde die Notwendigkeit des medienpolitischen Engagements der Bürger angesprochen. Sie sollen sich nicht mit Propaganda zufriedengeben; sie sollen sich aus solchen Medien informieren, die veröffentlichen, was üblicherweise nicht veröffentlicht wird, sie sollen in Leserbriefen oder beim Deutschen Presserat protestieren, wenn sie sich von den Medien mißbraucht fühlen, sie sollen das Totschweigen mit Aktionen und Phantasie kompensieren.

Daß die Wahrheit den „Erhalt der Vielfalt der Meinungen", so Ulrich Klug, erfordert, wurde von den Teilnehmern ebenso selbstverständlich als Notwendigkeit anerkannt wie die notwendige Demokratisierung der Medien sowie die quantitative und qualitative Verbesserung der Redaktionsarbeit.

Fritz Eberhard als einer der Väter des Grundgesetzes war es schließlich, der zu „Radikalität" im ursprünglichen Wortsinne aufrief: „Informationsfreiheit setzt sich nicht allein durch, man muß sich zusammentun. Das Grundgesetz kann sich nicht selber verteidigen. Übernehmt diese Verteidigung!"

Als Beitrag zu dieser Verteidigung verstanden die Teilnehmer der Veranstaltung ihre Unterschrift unter einen Offenen Brief, in dem sie die Zurücknahme der Maßregelung zweier NDR-Journalisten wegen kritischer Berichterstattung über die Bundeswehr-Gelöbnisfeier forderten.

Bayerischer Rundfunk fordert zu Kindsmißhandlungen auf

In der Sendung „Minuten der Besinnung" (Kirchenfunk des BR) vom 3. 12. 80 wurden die Eltern, insbesondere Väter dazu aufgefordert, ihre Kinder, speziell Söhne, mit Stöcken zu verprügeln; dies wurde als die einzig sinnvolle Form von Erziehung hingestellt. Wörtlich wurde in der Sendung gesagt: „Wer seinen Sohn liebt, hält den Stock für ihn bereit." Und: „Beug ihm den Kopf in Kindestagen, schlag ihm den Hintern, solange er noch klein ist ... und leg ihm ein kräftiges Joch auf." Da diese Sätze weder kommentiert noch relativiert wurden, sieht der Landesverband Bayern der Humanistischen Union (HU) den Tatbestand der Anstiftung zu vorsätzlichen rechtswidrigen Handlungen nach § 111 StGB erfüllt, da hier zu Straftaten nach § 223 StGB (Körperverletzung) und § 223b StGB (Mißhandlung von Schutzbefohlenen) aufgefordert wird.

Daß es sich bei dem Text der Sendung um eine Dichtung aus einem kirchlich hoch geschätzten Buch handelt, ist nach Auffassung des Landessprechers der HU, Johannes Glötzner, nicht von Belang, da der Text nicht als Dichtung ausgewiesen war, sondern „eher als ein mit kirchlicher Autorität versehener Freibrief für strafbare Handlungen".

Die HU forderte daher die Staatsanwaltschaft auf, gegen die für diese Sendung Verantwortlichen wegen Anstiftung zu Kindsmißhandlungen zu ermitteln.

Pressemitteilung des LV Bayern

Elisabeth Kilali

Elektroschock — eine Therapie vom Schlachthof

„Sie nehmen mir mein Gedächtnis und zerstören mir meinen Lebensinhalt".
Ernest Hemingway
(nach der Behandlung mit
Elektroschocks einen Monat
vor seinem Freitod)

Der Wunsch, dem psychisch Kranken schlagartig „den Kopf zurechtzurücken", mag ähnlichen Regungen entspringen wie der Versuch entnervter Eltern, ihr Kind durch eine Ohrfeige „zur Vernunft zu bringen". Jedenfalls sind Schocktherapien, deren Nähe zur Folter unverkennbar ist, so alt wie das Bemühen um den psychisch Kranken überhaupt. Mit Abscheu betrachten wir Abbildungen aus vergangenen Jahrhunderten, auf denen Geisteskranke durch Feuer, Güsse eiskalten Wassers oder unverhofft abgegebene Pistolenschüsse in Angst und Schrecken versetzt werden. Die Methoden sind seither subtiler, sozusagen zeitgemäßer geworden. Aber noch immer gibt es als Ausdruck therapeutischer Ohnmacht und Ungeduld jenes Bestreben, den psychisch Kranken in eine Grenzsituation zu bringen, ihn quasi ums Überleben kämpfen zu lassen.

Der amerikanische Psychoanalytiker Otto Fenichel machte sich 1946 erstmals Gedanken über die psychische Struktur des schockenden Arztes und die Motive seines Handelns: „Die bewußte oder unbewußte Einstellung der Ärzte zur Behandlung war in der Regel die eines ‚Tötens' und ‚Wiederweckens' ... Es ist eine alte Form magischer Behandlung, die kranke Person zu töten und den Patienten als gesunde Person neu zu erschaffen."

Während freilich die alten Schock-Schreck- oder Tötungsrituale keine unmittelbare physische Schädigung nach sich zogen, bedeuten die neuen, angeblich sehr viel wissenschaftlicheren Methoden wie Elektroschock oder Psychochirurgie, einen direkten destruktiven Eingriff in das menschliche Hirn. Eliminiert werden soll jener unliebsame Teil der Persönlichkeit, der die Abnormität beinhaltet. Während sich die Psychochirurgie dabei zumindest bemüht, gezielt vorzugehen — was jedoch oft im wahrsten Sinne des Wortes danebengeht — stellt der Elektroschock ein völlig unspezifisches Vorgehen dar, ein allgemeines kräftiges „Durchrütteln" (Dörner). Dabei mag es insofern Zufallstreffer geben, als bei den kurzfristig oder auf Dauer ausgelöschten Gedächtnisinhalten auch jene betroffen sein können, die Auslöser oder Träger wahnhafter Vorstellungen waren.

1938, also zur Zeit des Faschismus, wurde in Italien von den Psychiatern Cerletti und Bini die Elektroschockmethode erstmals angewendet. Dies trug sich nach Cerlettis eigenen Worten folgendermaßen zu:

„Ich ging zum Schlachthaus, um mir das sogenannte elektrische Schlachten anzusehen, und ich beobachtete dabei, daß an den Schläfen der Schweine große Metallzangen befestigt und an einen Stromkreis angeschlossen wurden.

Unmittelbar darauf fielen die Schweine bewußtlos um, versteiften sich und wurden ebenso wie die Hunde in unseren Experimenten von Krämpfen geschüttelt. Während sie bewußtlos waren (epileptisches Koma), konnte sie der Schlachter ohne Schwierigkeiten abstechen und ausbluten lassen. Es stimmte also nicht, daß die Tiere durch den elektrischen Strom getötet wurden:

Vielmehr wurde der E-Schock auf Empfehlung der Gesellschaft gegen Tierquälerei nur dazu benutzt, die Schweine schmerzlos töten zu können. ... Zu diesem Zeitpunkt hatte ich das Gefühl, daß wir das Experiment auch am Menschen wagen konnten. Ich wies meinen Assistenten an, nach einer geeigneten Versuchsperson Ausschau zu halten."

Einige Wochen später schickte der Polizei-Kommissar von Rom einen Landstreicher, der sich auf dem Bahnhof herumgetrieben hatte. „Dieser Mann wurde für das erste Experiment von elektrisch ausgelösten Krämpfen beim Menschen ausgewählt. Zwei große Elektroden wurden jeweils seitlich an den Schläfen des Mannes befestigt, und ich beschloß, vorsichtig mit einer niedrigen Stromstärke von 80 Volt bei 0,2 Sekunden Dauer zu beginnen. Unmittelbar nach dem Stromstoß reagierte der Patient mit einem Zucken, und seine Muskeln wurden steif. Dann fiel er, ohne das Bewußtsein zu verlieren, aufs Bett. Plötzlich fing er an, lauthals mit eigenartig hoher Stimme zu singen. Doch kurz darauf beruhigte er sich wieder. Wir, die wir das Experiment durchführten, standen verständlicherweise unter großem emotinalem Streß. Wir wußten, daß wir bereits ein ganz beträchtliches Risiko eingegangen waren. Dennoch war allen klar, daß die benutzte Stromstärke zu gering gewesen war. Jemand schlug vor, dem Patienten etwas Ruhe zu gönnen und das Experiment am nächsten Tag zu wiederholen. Da sagte der Patient, der uns offenbar zugehört hatte, plötzlich mit klarer, fast feierlicher Stimme — ohne das ihm sonst eigene Kauderwelsch: ‚Nicht noch einen. Es ist tödlich.'

Durch diesen, geradezu im Befehlston vorgebrachten Vorwurf geriet meine Entschlossenheit, das Experiment fortzusetzen, fast ins Wanken. Doch aus Angst, ich könnte dieser Regung nachgeben, entschied ich mich, weiterzumachen. Die Elektroden wurden noch einmal, diesmal mit einer Stromstärke von 110 Volt für 0,2 Sekunden angebracht."

Einen wahren Boom erlebte der Elektroschock in der Bundesrepublik in den 50er Jahren. Die Publikationen dieser Zeit sind besonders aufschlußreich; da Psychiatrie damals nicht öffentlicher Kritik ausgesetzt war, nahm man kein Blatt vor den Mund und verzichtete weitgehend auf Beschönigungen und Verharmlosungen.

Kaum ein psychisches Krankheitsbild, bei dem der Elektroschock nicht als wirksame therapeutische Methode angesehen wurde. Dabei beobachtete man sehr wohl, daß der Stimmungsumschwung, der durch die Schocktherapie in jedem Falle ausgelöst wird, völlig unkalkulierbar ist und keineswegs immer die erwünschte Reaktion bewirkt. Auch von unliebsamen Neben- und Folgeerscheinungen wird berichtet. So schreibt von Baeyer über Merk- und Gedächtnisstörungen und „daß postkonvulsiv schwere organisch-psychotische Bilder vom Typus des Korsakow auftreten können, amnestische, desorientierte Zustände, die meist mit hochgradiger Antriebsarmut, affektiver Stumpfheit und nicht selten auch mit einem Verlust der Schließmuskelkontrolle über Blase und Darm verbunden sind. Kalinowsky hat Beobachtungen über postkonvulsive Delirien mitgeteilt, die wir aus eigener Erfahrung bestätigen können. Es kommt sehr plötzlich unter völliger Desorientierung zu massenhaften, lebhaft bewegten, stark wechselnden, optischen Trugwahrnehmungen von Schlangen, Fröschen, Vögeln, Insekten usw. Die Kranken werden motorisch äußerst unruhig, machen Fang- und Abwehrbewegungen, Fluchtversuche, Bewegungen des Fadenzupfens und Nestelns, sie stützen sich mit aller Gewalt gegen scheinbar einstürzende Wände, taumeln ataktisch herum. Die motorische Erregung ist von heftiger Angst begleitet. Zuweilen sieht man eine mehr amentiell wirkende Verwirrtheit. Bei derartigen erregten, verwirrten und deliranten Schockpsychosen empfiehlt es sich, die Krampfbehandlung fortzusetzen."

Auch vom Recht des Patienten auf Information durch den Arzt sowie auf freie Entscheidung hielt der renommierte Psychiater wenig: „Ausführliche schriftliche oder mündliche Erläuterungen über alle denkbaren Komplikationen und Zwischenfälle zu geben, ist unnötig und im Interesse der Kranken unzweckmäßig. Die Zustimmung würde dann allzuoft verweigert werden", heißt es an einer Stelle. Und an einer anderen: „Wir lassen manchmal unter intravenöser Kurznarkose ganze Kuren vonstatten gehen, so daß die Kranken nur von einigen kleinen Schlafspritzen wissen. Damit ist das viel besprochene Problem der Schockangst praktisch gelöst, bei geschicktem Vorgehen ist es überhaupt nicht mehr notwendig, widerstehende Kranke mit Gewalt zur EK-Behandlung zu schleppen. Wo sich Angst und Widerstand regen, wird zunächst auf Behandlung verzichtet und die nötige medikamentöse Vorbereitung ein anderesmal vorgenommen." Unter „Kuren" ist dabei eine Serie kurzfristig aufeinanderfolgender Schocks zu verstehen, die dem Gehirn keine Ruhe-

pause und somit keine Möglichkeit der Regeneration geben.

An warnenden kritischen Stimmen fehlte es allerdings auch in den 50er Jahren nicht. So schrieb der Psychiater Müller-Eckhard damals: „Die moderne Schocktherapie (insbesondere der Elektroschock) ist eine mehr oder weniger stattfindende Schädigung des Gehirns mit ganz erheblichen Folgen für die gesamte Persönlichkeit insofern, als aus einem bewußten, wachen, ethisch empfindsamen Menschen mehr und mehr ein ich-schwaches, in jeder Weise herabgemindertes Wesen wird mit allen Zeichen eines deutlichen Persönlichkeitsabbaus."

Er hatte die Erfahrung gemacht, daß ehemalige Schockpatienten keiner Psychotherapie mehr zugänglich waren und schloß daraus, daß die Schockserien im menschlichen Hirn ein „Trümmerfeld" hinterließen.

Lange nach der routinemäßigen Anwendung der Elektroschocks versuchte man deren wissenschaftliche Untermauerung quasi nachzuliefern. Keine der zahlreichen Theorien ist stichhaltig und wissenschaftlich erwiesen. So glaubte man entdeckt zu haben – inzwischen gilt dies als widerlegt – daß Epileptiker grundsätzlich keine schizophrenen Symptome entwickeln und dachte nun, mit dem künstlich bewirkten epileptischen Anfall, den der Elektroschock darstellt, ebenfalls solchen Krankheitssymptomen beikommen zu können. Daß aber jeder epileptische Anfall zugleich auch die Zerstörung zahlloser Gehirnzellen bedeutet und damit auf längere Sicht eine Intelligenzminderung und Persönlichkeitsveränderung nach sich zieht, wurde damals wie heute entweder negiert oder für unbedeutend erklärt gegenüber den angeblich positiven Auswirkungen des Schocks.

Nur selten gibt es unverblümte Eingeständnisse. So antwortete unlängst ein Psychiater der Mainzer Universitätsklinik einem Praktikanten auf die Frage, ob er nicht fürchte, die Intelligenz eines Patienten zu zerstören, der gerade zum wiederholten Male geschockt werden sollte, dies sei doch nur von Belang, wenn es um einen Intellektuellen gehe, hier aber handele es sich um einen Hilfsarbeiter.

Die technische Anwendung des Elektroschocks hat sich seit Cerlettis erstem Experiment nicht verändert. Über zwei, an den Schläfen angesetzte Elektroden wird ein Wechselstromstoß von 70–130 Volt Spannung und 0,1 bis 0,5 Sekunden Dauer durch das Hirn gejagt. Zwei bis drei Elektroschocks pro Woche sind die Regel. Freilich ist es in das Ermessen des Arztes gestellt, die technischen Bedingungen um eines stärkeren Effektes willen oder zu Forschungszwecken zu verändern. Da der Patient heute immer narkotisiert wird und außerdem muskelentspannende Mittel erhält, ist eine gewisse Radikalisierung der Schocktherapie möglich geworden, und zwar durch Blocktherapien, bei denen in sehr kurzen Intervallen eine ganze Serie von Schocks hintereinander ausgelöst wird. Zwar kommt es in letzter Zeit nicht mehr zu Knochenfrakturen, und auch die Todesfälle haben sich aufgrund perfektionierter Wiederbelebungstechniken stark reduziert, die traumatischen Einwirkungen auf das Gehirn jedoch wurden gesteigert.

Autopsieberichte über Menschen, die während oder kurz nach einer Elektroschockbehandlung gestorben sind, ergaben ebenfalls Hinweise auf Schädigungen. Die klassische Psychiatrie aber behauptet, dies sei ein vorübergehendes Erscheinungsbild und bestreitet, daß die Tierexperimente den Nachweis für Langzeitschäden beim Menschen erbringen können. Wissenschaftliche Belege für oder gegen das Vorhandensein von Langzeitschäden beim Menschen sind bisher nicht erbracht worden. Erfahrungsberichte von Patienten über anhaltende Beschwerden werden in der Regel nicht ernstgenommen und dem Krankheitsbild zugeordnet. Da sich aber die Regenerationsfähigkeit des Gehirns nicht beliebig strapazieren läßt und vor allem durch die derzeit übliche Blocktherapie unterbunden wird, müssen dauerhafte, irreparable Schäden mit Sicherheit angenommen werden.

Die unmittelbare psychische Auswirkung des Elektroschocks variiert sowohl von Person zu Person als auch von einem Schock zum anderen. Typisch für den Moment nach dem Erwachen aus der Bewußtlosigkeit ist eine totale Desorientierung, Gedächtnisausfall und ängstliche Ratlosigkeit. Einige Patienten empfinden körperliche Beschwerden wie Kopfschmerzen, andere verfallen in eine kurzfristige Euphorie oder Lethargie, die nach einigen Stunden oder Tagen einer tiefen Depression weicht. In der Regel werden Antriebsimpulse gedämpft. Es kann jedoch auch zu großer motorischer Unruhe, Überaktivität und übertriebener Extrovertiertheit kommen. Solch unerwünschten Auswirkungen wird meist mit weiteren Schocks begegnet. Gewaltsame Anwendung von Elektroschocks, so wie sie früher üblich war, ist seltener geworden. Die rechtlichen Bestimmungen schreiben die Einwilligung des Patienten bzw. seines gesetzlichen Vertreters vor. Außerdem muß der Patient über Gefährlichkeit und Folgen der Behandlung aufgeklärt werden. In der Praxis gerät dies jedoch oft zur Farce. Bezeichnenderweise wurde der Begriff „Elektroschock" durch die verharmlosende Bezeichnung „Heilkrampf" ersetzt. Von einer tatsächlichen Aufklärung des Patienten kann keine Rede sein. Zudem befindet er sich in einem extremen Abhängigkeitsverhältnis, das der Freiheit der Entscheidung nicht eben zuträglich ist. Ähnlich hilflos sind zumeist auch Angehörige, die die Wahl der Therapie lieber der Autorität des Arztes überlassen. Hat eine Entmündigung des Patienten stattgefunden, ist der Vormund für die Einwilligungserklärung zuständig. Dieser aber ist oft ein Behördenvertreter ohne persönliche Beziehung zum Patienten. In der Regel werden dann pro forma Pauschaleinwilligungen für jede Art der Therapie ausgestellt. Dennoch: Setzt sich heute ein Patient energisch zur Wehr, z. B. unter Androhung juristischer Schritte, ist die Chance, der Schocktherapie zu entgehen, größer als früher.

Der Umstrittenheit, wissenschaftlichen Fragwürdigkeit und menschlichen Unzumutbarkeit des Elektroschocks steht eine erstaunliche Beharrlichkeit und trotzige Verteidigungsbereitschaft aufseiten vieler Psychiater entgegen. Wie sonst sollte man gerade mit den schlimmsten, den unerträglichsten Patienten fertig werden?

Psychische Erkrankung ist im weitesten Sinne Gegenwehr gegen ein nicht erträgliches Schicksal oder Aus-dem-Felde-Gehen, ein Sich-Retten vor einer unverkraftbaren Realität und vor unlösbaren Konflikten. Oft nehmen sich Schizophrene unmittelbar in der Phase der Heilung das Leben, weil die Mechanismen der Neutralisierung, der Flucht in den Wahn aufgehoben werden. Psychische Erkrankung hat Züge eines aktiven oder passiven Widerstandes, freilich mit inadäquaten, bisweilen selbstzerstörerischen Mitteln. Am deutlichsten wird dieser Zusammenhang zwischen Dissidententum und Psychiatrisierung in den Ostblockländern. Wen wundert es, wenn die Gesellschaft und die Psychiatrie als eines ihrer Ausführungsorgane zu punitiven Mitteln greift, wen wundert es, wenn das Gehirn des Kranken, als unmittelbare Lokalisierung der Wahnvorstellungen zu ganz besonders direkten Attacken provoziert? Destruktion der Persönlichkeit wird billigend in Kauf genommen oder ist das insgeheime uneingestandene Ziel, etwa nach dem Motto: „Besser einen friedlichen Debilen als einen unbequemen Schizophrenen" (Sullivan).

(Auszüge aus „Vorgänge" 47/48)

In eigener Sache

Für die Bundesgeschäftsstelle in München suchen wir zum 1. März, spätestens 1. April 1981

eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter

als Ersatz für Johanna King, die seit vielen Jahren die gesamte Büroorganisation erledigt hat: Mitgliederkartei, Betreuung der Orts- und Landesverbände, Korrespondenz und den ganzen Versand.

Wir würden uns freuen, wenn wir für diese Arbeiten ein HU-Mitglied finden könnten (oder jemanden aus Ihrem Freundeskreis).

Bitte melden Sie sich bald – schriftlich oder telefonisch – bei: HUMANISTISCHE UNION, Bräuhausstr. 2, 8000 München 2, Tel. 0 89 / 22 64 41 / 42, damit wir alles weitere besprechen können.

Dürfen Beamte ihre politische Meinung nur für sich im Kopf haben?

Es wird zunehmend unglaublicher und unfaßbarer, was die Niedersächsische Landesregierung tut, um Beamten ihre Meinung zu verbieten. Verkündete sie vor einiger Zeit, alle Beamten hätten die politischen Ansichten der Landesregierung zu vertreten und durchzusetzen – so als seien die Beamten der Politik verpflichtet und nicht ausschließlich Gesetz und Recht –, so werden nun schon Leserbriefe von Beamten in ihrer Eigenschaft als Eltern zensiert.

Mit dem Eintritt in den öffentlichen Dienst verliert man offensichtlich das Recht, so wie jeder andere Bürger für die Interessen seiner Kinder einzutreten, falls das der Regierung nicht paßt.

Mit dem Hinweis auf das beamtenrechtliche Mäßigungsgebot, das bei vernünftiger Auslegung ja seine Berechtigung haben mag, wird nach der Praxis der Landesregierung sämtlichen Beamten jegliche politische Meinung verboten; allenfalls dürfen sie diese Meinung noch für sich im Kopfe haben („Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten ..."), keinesfalls aber sie aussprechen, jedenfalls dann nicht, wenn sie von der der Landesregierung abweicht.

Wenn die Braunschweiger Bezirksregierung erklärt, der Fall des Göttinger Schulleiters, der sich als Ratsherr seiner Stadt kritisch mit Fragen der Orientierungsstufenpolitik des Landes befaßt hatte, sei damit erledigt, daß er auf das Mäßigungsgebot und mögliche Konfliktsituationen bei politischer Betätigung hingewiesen wurde, so irrt sie: Die Angelegenheit beginnt erst. Nicht das Verhalten des Beamten, der von seinem Grundrecht auf Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht hat, sondern der politische Einschüchterungsversuch der Behörde ist in unserem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat, den die Landesregierung angeblich überall verteidigt, das Thema!

Leserbrief des LV Niedersachsen an die HAZ

NRW: Der Rotstift gefährdet Weiterbildung

Das Weiterbildungsgesetz von NRW galt bis 1980 als das weitestgehende in der Bundesrepublik: seit 1974 sind viele – auch fortschrittliche – Einrichtungen der Erwachsenenbildung entstanden, darunter das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW. Die auch quantitative Expansion dieses Bildungssektors bereitete der Landesregierung in den vergangenen Jahren zunehmendes Kopfzerbrechen; so wurde Anfang 1980 dem munteren Bildungstreiben ein Riegel vorgeschoben. Ab 1981 wurde als maximale Steigerungsrate der staatlichen Zuschüsse 15 % festgelegt; Ende 1980 aber fiel den Sparkommissaren der Landesregierung ein, daß diese Regelung noch zu großzügig sei. Daher enthält der Haushaltsentwurf der Landesregierung den Vorschlag, die Weiterbildungszuschüsse 1981 zu kürzen; es soll nur 80 % der Zuschüsse des Vorjahres geben.

Für das Bildungswerk der HU NRW bedeutet dies das vorläufige Ende aller weiteren Expansionspläne und den Verzicht auf einen großen Teil der erstmals geplanten Wochenendseminare, außerdem eine Honorarkürzung der nebenberuflichen Arbeitskreisleiter. Zwar regt sich in allen Weiterbildungseinrichtungen der Widerstand gegen diese massive Beeinträchtigung des Rechts auf Weiterbildung, doch mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Landtag dem zustimmen.

Abgesehen davon, daß die zusätzliche Förderung der politischen Bildung ebenfalls zurückgeschraubt werden soll, haben diese Kürzungen vor allem den politischen Aspekt, daß die kleineren, wirklich unabhängigen Bildungswerke am stärksten betroffen sind, die Einrichtungen also, die mit viel Engagement und Phantasie neue Wege in der Erwachsenenbildung gehen und oft neue Zielgruppen wie Strafgefangene und Ausländer gewinnen konnten. Die großen, an Kirchen und Parteien angelehnten Bildungseinrichtungen sind weniger betroffen, weil sie über zusätzliche Unterstützung neben den Landesmitteln verfügen, so daß tendenziell eine „Verknöcherung" dieses Bildungssektors herbeigeführt wird, die den mächtigen gesellschaftlichen Gruppen auch hier wieder das Feld überläßt.

Diskussion ... Diskussion ... Diskussion ...

Mein Diskussionsaufruf in den letzten „Mitteilungen" blieb nicht ungehört. Ich danke allen, die so prompt reagiert haben. Hauptsächlich zwei Themen scheinen es zu sein, über die bei HU-Mitgliedern kontroverse Meinungen bestehen:

- **Die Kinder,** bzw. wie mit ihnen umzugehen sei:
  Hier geht es einerseits um das von der HU geforderte Züchtigungsverbot, andererseits um die Gleichberechtigung der Kinder.
- **Der Papst und die (kath.) Kirche,** bzw. wie auf sie zu reagieren sei: Die Diskussion entzündete sich an einem von den Jungdemokraten und dem HU-Ortsverband Mainz/Wiesbaden anläßlich des Papstbesuchs verteilten Flugblatt mit folgendem Wortlaut:
  „Sind Sie schon lange kein aktiver Katholik mehr? Dann treten Sie jetzt aus der Kirche aus, sonst unterstützen Sie stillschweigend eine mittelalterliche – Moral! Die päpstlichen Äußerungen zur Sexualmoral haben keinerlei Realitätsbezug. Sein Kampf gegen ‚böse Lust' und Empfängnisverhütung gehören ins Vatikan-Museum. Schützen Sie Ihr Privatleben vor dem moraltheologischen Zugriff! Sie haben keinen Grund, sich schuldig zu fühlen, wenn Sie Liebe auch sinnlich erleben. Der Mensch lebt nicht von der Anbetung allein.
  Die päpstlichen Vorstellungen von Familienplanung sind angesichts der Bevölkerungsexplosion auf der Erde verantwortungslos Planen Sie in Ihrer eigenen Verantwortlichkeit! Seien Sie kein Mitläufer! Scheuen Sie nicht den Weg zu Ihrem Amtsgericht! Treten Sie jetzt aus! (Sie haben lange genug auf Ihre Schwiergermutter Rücksicht genommen.)"

Johannes Glötzner

Die Kinder

Diskussion über körperliche Züchtigung ist scheinheilig

Die HU perhorresziert die körperliche Züchtigung von Kindern, sogar von Elternseite. Ich halte das 1. für scheinheilig, 2. für oberflächlich, 3. für unreflektiert wie ein Tabu. Ich nehme es so, wie es bei der HU klingt, daß es nicht nur um die schlimme Kindesmißhandlung geht, sondern um jede körperliche Züchtigung, und das ist schließlich auch ein Klaps, sofern er dem Kind seelisch und physisch Eindruck machen soll und es auf den rechten Weg bringen soll.

Für scheinheilig halte ich die HU deshalb, weil sie genau weiß, daß ihre eigenen Mitglieder es schon nicht so halten; oberflächlich, weil hier ein punktuelles Element von Erziehung herausgegriffen wird, anstatt den Erziehungsprozeß im ganzen zu besprechen. Ich muß mich hier wohl kurz fassen und sage deshalb fürs erste nur (bei aller Gefahr der Undeutlichkeit): Besonders in den jüngeren Jahren der Kinder müssen ja wohl die Eltern das Sagen haben, und die Kinder müssen das Hören lernen. Da das heute nicht mehr der Fall ist, ist schon der Unterricht an der Grundschule und Orientierungsstufe manchmal eine Katastrophe. Ich möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie die HU über Gewissensbildung denkt. Ich halte es mit Zulliger. Die Eltern sind heute so vorsichtig geworden, ihren Kindern durch Gebote und Verbote Unlust zu bereiten, daß man **fremden** Kindern überhaupt nichts zu sagen wagt. Das heißt, ein gesellschaftliches Erziehungsumfeld gibt es schon gar nicht. Außerhalb der Familie gibt es nur die Schule und die Polizei in ihren genau bekannten „Zuständigkeiten". Wer aber Kindern nichts mehr zu sagen wagt (im Sinne von Dringen auf Sitten und auf Einhaltung von Werten wie auch der Höflichkeit, Respekt vor dem Alter – es liegt völlig auf der Hand, daß sich die Lebensqualität der alten Leute enorm verschlechtert hat, was dies anbetrifft), der muß sich gar nicht wundern, daß die Jugend nicht glauben kann, daß der sonst etwas von Wichtigkeit zu sagen hätte. Wer in diesen elementaren, für die Gesellschaft inneren Zusammenhalt grundlegenden Punkten paßt (wie im Skat), muß man annehmen, daß der in anderen Fragen ernster zu nehmen sei? Wir lassen nicht nur unsere Kinder so laufen, d. h. verwahrlosen, wir sehen auch zu, wie sich die Kultur zivilisierten Umgangs der Menschen untereinander verflüchtigt und tragen nicht wenig dazu bei, daß Jugendliche meinen, niemand außer sich selbst etwas abnehmen zu müssen, also zu der jugendlichen Verweigerungsszene. Da Fortschritt aber zu einem guten Teil davon abhängt, daß man nicht vergißt, was man schon einmal wußte, was soll dann werden, wenn der, der etwas weitergeben kann und will, einfach nicht angehört wird?

Ich plädiere dafür, daß die Diskussion so konkret wie möglich geführt wird (und schon gar nicht dafür, daß man es wie ein Tabu nicht anzurühren wagt). Ob die Bannredner gegen die körperliche Züchtigung

eigentlich wissen, was in den Schulen z. B. dann an die Stelle tritt und wie sie sich die in ihrem Sinn „bereinigte" Lage eigentlich vorstellen, ob Erziehung eigentlich überhaupt sein soll und wenn ja, was und wie? Und einmal gesellschaftliche Bedingungen skizzieren, unter denen indianische Erziehung oder chinesische möglich wäre?! Ich freue mich auf eine offene Diskussion. Klaus Elsner, Clausthal-Zellerfeld

HU soll sich für Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Kinder einsetzen

Ich wende mich an die HU, um auf einen speziellen Aspekt der Bürgerrechtsbewegung – und hierzu rechne ich die HU – aufmerksam zu machen:

Ich denke, daß die MENSCHENRECHTE DES KINDES zu einem Bestandteil der Arbeit in der HU werden sollten.

Die Kinderrechtsbewegung (Children's Rights Movement) geht vom Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen aus, auch des jungen Menschen. Und zwar kompromißlos. Dies unterscheidet sie von vielen geläufigen Aktivitäten, die sich für Kinder einsetzen – die aber letztlich doch erwachsenen-chauvinistisch geprägt sind. Erst der eindeutige Schluß mit dem „Ich weiß, was für dich gut ist" akzeptiert die Souveränität und Würde unserer jungen Mitbürger.

Ich bin der Meinung – und als Mitglied der HU auch zu sagen berechtigt – daß das Gedankengut der Kinderrechtsbewegung allen HU-Mitgliedern zugänglich gemacht werden sollte. Perspektivisch gesehen stelle ich an die HU die Forderung, daß sie sich offen, öffentlich und offensiv für die Selbstbestimmung des Kindes einsetzt, daß sie die erwachsenen Mitbürger hierüber informiert und sie unterstützt, zu Kindern gleichberechtigte Beziehungen auf der Basis der Selbstbestimmung aufzunehmen. In einer überregionalen Arbeitsgruppe „Kinderrechtsbewegung in der HU" wäre eine gezielte und effektive Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren, wären Schwerpunkte zu setzen (etwa Aufhebung der Schulpflicht, Wahlrecht oder Recht auf religiöse Freiheit) und wäre mit bestehenden nationalen und internationalen Kinderrechtsorganisationen zusammenzuarbeiten.

Ich wünsche mir, daß die HU auch in dieser Frage den Anschluß an die internationale Entwicklung nicht verpaßt, sondern, wie gewohnt, zur Speerspitze im Kampf für die Menschenrechte gehört.

Hubertus v. Schoenebeck, Münster

Der Papst und die (kath.) Kirche

Für einen christlich begründeten Humanismus innerhalb der HU

Unter dem Etikett „Humanistische Union" hat unser Mainzer Ortsverband ein Flugblatt verteilt, das die Überschrift trägt: „Sind Sie schon lange kein aktiver Katholik mehr? Dann treten Sie jetzt aus!" und das wegen seines saloppen und etwas gesucht-originellen Tones („Sie haben lange genug auf Ihre Schwiegermutter Rücksicht genommen") sogar im „Hohlspiegel" des Hamburger Nachrichtenmagazins Erwähnung fand.

Ich war erschrocken, als ich dieses Flugblatt mit dem Signet der Organisation versehen fand, der ich seit Jahren angehöre und deren Marburger Ortsverband ich zwei Jahre lang geleitet habe. Ich bin protestantischer Theologe und der HU als einer Organisation beigetreten, die sich ausdrücklich in ihren Grundsätzen zur weltanschaulichen und religiösen Neutralität bzw. Toleranz verpflichtet. Mit diesem Flugblatt wurden die Grundsätze der HU verletzt! Das Imposante und wahrhaft Humanistische an diesem unserem Verein ist es ja oder sollte es sein, daß sich hier Leute von verschiedener weltanschaulicher Herkunft für die Propagierung und Erstrebung gemeinsamer politischer Ziele im Sinne von mehr Verfassungsverwirklichung zusammenfinden. Ich leugne meine Differenzen zu bestimmten Strömungen innerhalb der HU (Monisten, Freidenker usw.) nicht. Aber solange ich mit ihnen für gemeinsame Positionen eintrete, würde ich es für einen Verrat an der gemeinsamen Grundsatzerklärung der HU halten, wenn ich mich als HU-Mitglied öffentlich etwa gegen die Mitgliedschaft in Freidenkerverbänden ausspräche.

Ich glaube allerdings zu wissen, aus was für sehr legitimen Motiven unsere Mainzer Mitstreiter glaubten, handeln zu müssen. Die katholische wie die protestantische Amtskirche können wohl kaum als befreundete Organisationen der HU gelten, zumal wir uns gegen ihre Privilegien ausgesprochen haben und aussprechen. Aber was erreicht die HU, wenn sie sich (unter Verstoß gegen ihre Grundsätze) für Kirchenaustritte einsetzt? Gerade das demokratische, das kritische, das humanistische Potential innerhalb beider Hauptkonfessionen wird so von außen ausgehöhlt und geschwächt. Basisgemeinden, Theologen wie Johann Baptist Metz, Abrüstungsinitiativen, um nur drei Aspekte zu nennen – auch das ist Kirche, freilich ein verschwindend geringes Quantum Sauerteig bei sehr viel altem Mehl. Aber wie groß ist denn die Massenbasis der HU innerhalb der BRD? Auch hier gibt doch ein kleines Häuflein nach wie vor die Hoffnung nicht auf!

In diesem Zusammenhang noch ein Punkt: Die Forderung nach Abschaffung der theologischen Fakultäten oder Fachbereiche an staatlichen Universitäten, wie sie auch innerhalb der HU immer wieder aufgestellt wird, kommt bestimmten konservativen oder reaktionären Strömungen innerhalb der Amtskirchen genau recht: Sie wären nach einer „Machtübernahme" bei den theologischen Fakultäten dann endlich in der Lage, kritische Stimmen ganz mundtot zu machen.

Es gibt einen christlich sich begründenden Humanismus, der seinen legitimen Ort auch in der HU hat. Ich glaube kaum, daß das die Mainzer Mitstreiter leugnen wollen. Sie sollen aber bedenken, was mit solchen Flugblattaktionen erreicht wird: Das Toleranz- bzw. Neutralitätsverständnis der HU kann in der Öffentlichkeit in gefährlicher Weise in Zweifel gezogen werden.

Egal, wo wir herkommen: ob engagierte Freidenker, ob linker Katholik, liberaler Protestant oder radikaldemokratischer Agnostiker – das wichtigste sind die Gemeinsamkeiten, die Punkte, in denen wir übereinstimmen in der Verteidigung der Bürgerrechte.

Ulrich Becke, Marburg

Mittel der Provokation ist gerechtfertigt

Die Auffassungen über das Papst-Papier sind bei uns in Marburg nicht ganz ungeteilt.

Während ich selbst auf dem Verbandstag in Dortmund dafür gestimmt habe, sind von der „Theologen-Fraktion" erhebliche Vorbehalte geäußert worden, da das Flugblatt zu einer Schwächung der Position so fortschrittlicher Katholiken wie Metz und Küng beitragen könne.

Meine Position ist demgegenüber seit dem OV-Tag unverändert geblieben. Ich meine nach wie vor, daß es der HU erlaubt sein muß, jene, die nur aus Opportunismus Konsequenzen scheuen, zu einer Überprüfung ihrer bisherigen Haltung aufzufordern. Dazu ist das Mittel der Provokation durchaus gerechtfertigt, denn solche Herausforderungen bewegen die Gemüter nachhaltiger als hochgeistige Episteln, die sowieso nur von Experten rezipiert werden. Die Veröffentlichung im „Spiegel" kann meines Erachtens als Indiz dafür betrachtet werden, daß hier auf ein solches Tabu gestoßen wurde.

Ich schicke diese Stellungnahme, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als habe man mich „zurückgepfiffen" oder als sei ich von der Dortmunder OV-Resolution abgerückt. Wie der Brief Ulrich Beckes, so stellt auch meine Antwort darauf die persönliche Auffassung des Verfassers dar. Beide erheben nicht den Anspruch, stellvertretend für den gesamten OV Marburg oder einen bestimmten Teil davon zu sprechen, irgendwelche Beschlüsse oder Empfehlung sind in diesem Zusammenhang nicht getroffen worden.

Jürgen Roth, Marburg

Die eigentlichen Adressaten

Wir bedauern, durch unser Flugblatt bei HU-Mitgliedern eine Betroffenheit ausgelöst zu haben, die gar nicht beabsichtigt war. Die eigentlichen Adressaten befinden sich in jenem großen Heer nicht praktizierender Katholiken, die sich durch Geisteshaltung und Lebensführung längst aus der Kirche ausgeschlossen haben, aber aus Pragmatismus, Trägheit oder falscher Rücksichtnahme diesen Schritt nicht offiziell vollziehen mögen. Durch diesen Personenkreis behält der Katholizismus in unserem Lande einen Stellenwert, der ihm, genau genommen, gar nicht mehr zusteht. Der volle Wortlaut des Flugblattes macht deutlich, daß darin – bei aller „Flapsigkeit" – bezogen auf Sexualfeindlichkeit und Empfängsniverhütung zwei durchaus ernstzunehmende Gedanken enthalten sind, die zugleich erklären, weshalb uns ein großer Einfluß der katholischen Kirche auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen nicht wünschenswert erscheint. Im übrigen arbeiten wir gern und oft mit der Mainzer Evangelischen Studentengemeinde zusammen, weil wir dort jenes kritische, engagierte und tätige Christentum vorfinden, dem wir uns sehr verbunden fühlen.

Elisabeth Kilali, OV Mainz/Wiesbaden

Kurzberichte — Informationen — Einladungen

LV Berlin

Am 19. 1. 1981 beteiligte sich der Landesverband an einer Veranstaltung zum Thema „Die Situation der Frau als Straftäterin und im Strafvollzug", die neben dem LV von der Vereinigung Berliner Strafverteidiger e. V., der Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin, und von amnesty international getragen wurde. Podiumsteilnehmer: Prof. Dr. Marlies Dürkop, Vorstandsmitglied des LV, Dr. Helga Einsele, ehemalige Leiterin der JVA Preungesheim, Dr. Anneliese Schellenberg, Liga für Menschenrechte, Julia Weihe-Damrot, Aktion gesetzmäßiger Strafvollzug.

Am 28. 1. 1981 wurde auf dem ersten Jour Fixe in diesem Jahr das Thema „Instandbesetzungen" angesetzt.

OV Düsseldorf

Die Arbeit des Ortsverbands begann im Januar mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Der § 218 und seine derzeitige Problematik".

Im Februar stand der Vortrag „Die Entspannung hat keine Alternative" von William Borm auf dem Programm. Die weiteren Termine und Themen des ersten Halbjahres sind:

10. März: Individuelle Freiheit und Sexualität

7. April: Kulturszene in Düsseldorf

5. Mai: Kann man heute noch Sozialist sein? (Referent: Prof. Flechtheim)

2. Juni: Ist die Familie als einzige Form des Zusammenlebens noch zeitgemäß?

Sämtliche Veranstaltungen werden mit Unterstützung des Bildungswerks der HU NRW durchgeführt; sie beginnen jeweils um 19 Uhr in der Uni Düsseldorf, Hörsaal 3F, Gebäude 23.21.

OV Erlangen

Im Jahresprogramm des Humanistischen Dialogs für 1981 sind folgende Termine und Themen vorgesehen:

1. März: Kunst ist radikal

8. April: Jugendeigene Presse oder Schülerzeitungen?

13. Mai: Ausländische Studenten in Erlangen

27. Mai: Alternativpädagogik — Alternativschulen

10. Juni: Disziplinieren durch Prüfen — alltägliche Gewalt in Studium und Beruf

Die Veranstaltungen sind, wie immer, im Kulturtreff, Helmstr. 1 und beginnen jeweils um 20 Uhr.

OV Frankfurt

Bitte notieren Sie sich die Termine und Themen der nächsten Diskussionsveranstaltungen:

4. März: Frankfurt und seine Ausländer — Dauerkonflikt oder produktive Mischung? Leitung: Johann Behrens

1. April: Der Islam und der Westen. Leitung: Dr. Paul Lindemann

6. Mai: Individuelle Freiheit oder Allgemeinwohl — was sollte Vorrang haben? Leitung: Dipl.-Psych. Nora Walcher

3. Juni: Brauchen wir ein Verfassungsschutz-Kontrollgesetz? Leitung: Harald Dörig

Alle Veranstaltungen finden statt im Haus Dornbusch, Clubraum 3 und beginnen jeweils um 20 Uhr.

LV Hamburg

Ende des vergangenen Jahres war die Situation der ärztlichen Versorgung in den Fuhlsbütteler Haftanstalten zu einem Hauptthema des Landesverbandes geworden; eine aus Mitgliedern mehrerer Arbeitskreise gebildete Gruppe hat ein Memorandum (s. S. 2) zu dieser Frage erstellt, das, nachdem es mit einem Begleitschreiben an die Senatorinnen für Justiz und Gesundheit verschickt worden war, veröffentlicht wurde. Bei der Veranstaltung „Zeichen aus dem Knast" in der „Fabrik" hat die HU, als Mitveranstalter über die Gesundheitsversorgung im Knast, über den Skandal um die Bauverschiebung des Vollzugskrankenhauses und über die Mängel in der Versorgung der Anstalten mit Ärzten berichtet.

Im November wurden die „Freitagstreffs" wieder aufgenommen, wobei zukünftig zwischen einem öffentlichen und einem privaten Treffpunkt abgewechselt wird. Die öffentlichen Treffs finden statt im Liberalen Zentrum, Ottersbekallee 1, Hamburg 19. Im Januar stand das Treffen bei Dr. Robinson unter dem Thema: „Abgeordnete zwischen Fraktionszwang und Gewissensfreiheit". Für Freitag, **2. Februar,** ist das Thema „Ausländerrecht/Asylrecht" vorgesehen. Dieses Treffen beginnt um 20 Uhr im Liberalen Zentrum.

Der **AK Medien** sucht immer noch Mitarbeiter. Es soll zunächst das Thema „Neue Medien" in Angriff genommen werden. Wer mitarbeiten möchte, meldet sich bitte bei Maria Maier-Reimer, Hansastr. 47, 2000 Hamburg 13, Tel. 4 10 59 14.

OV Hannover

Bei der Mitgliederversammlung am 24. Januar sprach Prof. Theodor Ebert über „Auf der Suche nach Alternativen zur Bundeswehr — ziviler Widerstand als Verteidigungspolitik".

Auch im neuen Jahr wird der HU-Gesprächskreis am ersten Montag eines Monats stattfinden, beginnend im März in der bekannten Gaststätte, die ihren Namen „Alt Nürnberg" in „Pfefferkorn" gewechselt hat, jeweils um 20 Uhr. Bitte notieren Sie folgende Termine:

2. März: Meinungsfreiheit des Journalisten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

6. April: Akteneinsichtsrecht/Informationsfreiheitsgesetz

4. Mai: Meinungsfreiheit des Journalisten in der gedruckten Presse

1. Juni: (Thema noch offen)

OV Karlsruhe

Aus der Arbeit des Ortsverbands im 4. Quartal ist nachträglich folgendes zu berichten:

Im Oktober konnten wir im Frauenbuchladen „Johanna mit Teepott" über Zielsetzung und Arbeit der HU berichten. Dabei bemühten wir uns, zu überzeugen, wie sehr auch allgemein gesellschaftliche Forderungen, wie die Reform des Strafrechts und -vollzugs, die Humanisierung der Arbeitswelt und des Krankenhauswesens, der Datenschutz usw. die Frauen angehen.

Im November nahmen wir an einem Frauenforum teil und hatten auch dort Gelegenheit, Ziele und Aufgaben der HU vorzustellen.

Im Dezember trafen wir uns mit Mitgliedern und Interessenten. Die Vorsitzende, Renate Freiberger, dankte allen Mitarbeitern für ihren Einsatz im Laufe des Jahres und berichtete über die Arbeit der letzten 2 Jahre. Die Anwesenden wurden ermuntert, Vorschläge für die kommende Arbeit zu machen, Ideen und Anregungen einzubringen. Als Resumee sind folgende Themen zu nennen:

- Schulproblem (Klassenstärke, Unterrichtsausfall, Drogen und Alkohol)
- Trennung von Staat und Kirche in der Realität der Bundesrepublik
- Aufrüstung und Friedenssicherung
- Transparenz der Verwaltung
- Ungerechtigkeiten der Niedrigrenten.

Im Dezember endete unsere Arbeit mit dem fröhlichen Kindernachmittag für chilenische und deutsche Kinder; die Mittel für die Durchführung wurden gespendet.

OV Marburg

Auf der Jahresmitgliederversammlung wurden im Dezember 1980 zum neuen Vorstand gewählt:

Beeke Dummer, Schwanallee 24, 3550 Marburg, Tel. 2 71 09

Jürgen Roth, Weidenhäuserstr. 57, 3550 Marburg.

OV Nürnberg

Die Mitgliederversammlung im November hat als Vorstand Sophie Rieger und Mathilde Adler bestätigt. In der Rückschau auf die Arbeit des Ortsverbands wurden die einzelnen Themen des Humanistischen Dialogs und dessen Erfolge kritisch betrachtet.

Für 1981 wurden von den Anwesenden die Themen

- Frauen und Bundeswehr
- Humanes Sterben
- Volksbegehren für Bürgerentscheid

vorgeschlagen; weitere Themen müssen mit den mitveranstaltenden Jungdemokraten abgestimmt werden.

Bildungswerk der HU in Bayern

Folgende Veranstaltungen des Bildungswerks finden in München statt:

24. Februar: Film- und Informationsabend: „Alternativer Unterricht in der Grundschule" mit Dr. Müller, Dozent an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Uni München; 20 Uhr, ZEF, Pariser Str. 7

12. März: Dramatische Lesung: „Las Casas vor Karl V"; dramatische Bearbeitung des Romans vor R. Schneider; 20 Uhr, Lyzeumsclub, Maximilianstr. 6

9. April: Autorenabend: Bernt Engelmann liest aus seinem neuesten Buch; 20 Uhr, Zunfthaus, Thalkirchner Str. 76.

Verlag: Humanistische Union e. V., Bräuhausstraße 2, 8000 München 2, Telefon (0 89) 22 64 41 / 42
Erscheinungsweise: 1x vierteljährlich
Für diese Mitteilungen ist Helga Killinger verantwortlich (für den Diskussionsteil Johannes Glötzner, Prof.-Kurt-Huber-Straße 6, 8032 Gräfelfing).

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1 700 678 600
Postscheck München 104 200-807
Beilage: Wahlordnung

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen: 4. 5. 1981